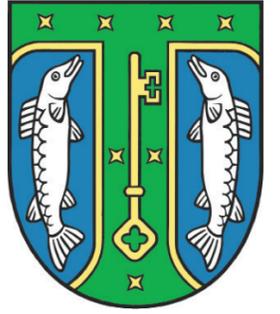


Spreekurier

Frühjahr 2025



ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW - KÖPENICK



Foto: Oliver Igel

Nilos Zukunfts-Chance

Öffentliche Bauvorhaben im Bezirk müssen beschleunigt werden.

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
von Treptow-Köpenick

Vor wenigen Wochen konnte Treptow-Köpenick seinen 300.000. Bürger begrüßen – der kleine Nilo aus Altglienicke soll sich auf eine neue Welt freuen und bald zur Kita und zur Schule gehen. Die Zeit bis dahin verfliegt: wie bei jedem Kind. Diese neue Welt soll eine moderne sein. Dazu gehört, dass der Bezirk neu baut. Treptow-Köpenick hat viel vor – und benötigt dafür Unterstützung und Investitionspritzen – am besten arbeiten hier Bund, Land und Bezirk gut zusammen. Alle zwei Jahre wird hierfür das Investitionsprogramm des Bezirksamtes überprüft und fortgeschrieben. Zu den wichtigsten Bauvorhaben zählen neben Schulbauten auch Dienstgebäude, Sportanlagen, Volkshochschule, Grünanlagen, Ufergrünzüge, Spielplätze und Jugendfreizeiteinrichtungen. In dem Programm sind die öffentlichen Bauprojekte und Beschaffungen des Bezirksamtes beschrieben, die in den kommenden Jahren benötigt werden. Für sie soll die Planung gestartet werden bzw. wurde bereits begonnen. Zunächst gibt es erste Kostenschätzungen. Je nach Fortschritt kann bereits eine Bauplanungsunterlage vorgelegt werden, in der bestätigte Kosten für einzelne Projekte enthalten sind. Das Bezirksamt erhält für Hochbaumaßnahmen eine jährliche Pauschale, die für „kleinere“ Baumaßnahmen bis zu 5,5 Millionen Euro verplant werden können. Die vorgesehenen Projekte dieser Kategorie umfassen ein Gesamt-

volumen von mehr als 232 Millionen Euro.

Auch für Tiefbauinvestitionen erhält das Bezirksamt eine pauschale Zuweisung, um Straßen umzubauen und zu sanieren sowie Verkehrsanbindungen von neu gebauten Schulen zu schaffen. Diese Projekte umfassen ein Gesamtvolumen von knapp 50 Millionen Euro.

Für besonders große Hochbauvorhaben, z. B. das Strandbad Müggelsee und Schulbauten nimmt der Senat eine Planung in Form einer gezielten Zuweisung vor. Die Projekte in dieser Kategorie beinhalten ein Gesamtvolumen von mehr als 523 Millionen Euro – also eine halbe Milliarde Euro!

Wie in den vergangenen Jahren auch, gibt es sehr viel mehr notwendige Investitionsvorhaben als Mittel zur Verfügung stehen. Für die dringend benötigten Bauvorhaben erhält der Bezirk viel zu wenig Geld und muss Prioritäten setzen. Besonders kritisch ist, dass der Senat ab 2026 den Bezirken keine Mehrausgaben mehr bei Schulbau-Projekten erstatten will. Wird also im Schulbau ein Bauvorhaben teurer, bleibt womöglich der Bezirk

auf den Mehrkosten sitzen und muss andere Bauten verschieben oder streichen. Ebenso kritisch ist, dass der Bezirk nicht mehr die Möglichkeit erhält, pro Jahr mehr Investitionsvorhaben einzuplanen als Mittel vorhanden sind. Dadurch waren die Bezirke darauf vorbereitet, dass nicht bei jedem Investitionsvorhaben schnell genug Geldmittel abfließen. Bisher konnte ein Prozent des gesamten Haushaltsvolumens des Bezirksamtes mehr verplant werden als vorhanden ist. Auf dieses eine Prozent werden künftig die geplanten Investitionen angerechnet. Die Konsequenz ist, dass ab 2026 deutlich weniger Investitionsvorhaben im Haushaltsplan des Bezirks aufgenommen werden dürfen. Dabei müssten wir das Gegenteil machen: wir müssen mehr investieren, nicht weniger.

Alle bereits begonnenen Baumaßnahmen werden jedoch auf jeden Fall fortgesetzt und zu Ende geführt. Dazu gehören auch sämtliche Vorhaben, die im Jahr 2025 im Haushaltsplan verankert sind und begonnen wurden. Das sind große Bauvorhaben wie das Strandbad Müggelsee, die Volks-

hochschule in Baumschulenweg, die Sanierungen bzw. Erweiterungen der Friedrichshagener Schule, Schmöckwitzer Insel-Schule, Gerhart-Hauptmann-Schule, Schule Stillerteile, Schule Grüne Trift, Melli-Beese-Schule, Hans-Grade-Schule, Wilhelm-Bölsche-Schule, Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, Grünauer Gemeinschaftsschule, KIEZKLUB Baumschulenweg, Jugendfreizeiteinrichtung Grimau, Jugendfreizeiteinrichtung Mellowpark und weitere. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Um neue Projekte nicht tief bis in die 2030er Jahre strecken zu müssen, kommt es hier auch auf den Bund an. Er muss die Kommunen in Deutschland mit Investitionspritzen unterstützen. Geld ist dabei aber nicht der einzige Schlüssel. Aus vergangenen Konjunkturprogrammen wissen wir, dass weitere Erleichterungen dringend erforderlich sind: Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht, das Vergaberecht verschlankt werden. Wir müssen schneller werden, um Bauvorhaben umsetzen zu können. Zeit und Kosten laufen davon. Und kleine Kinder wie Nilo aus Altglienicke wachsen und wachsen und wollen die neue Welt der Schulen und anderen Einrichtungen erleben. Deshalb fordere ich als Bezirksbürgermeister ein großes Paket, das nicht nur Geld für neue Bauvorhaben enthält, sondern mindestens eine zeitlich befristete Aussetzung verzögernder Planungs- und Bauvorschriften auf Landes- und Bundesebene, einfachere und schnellere Vergaben sowie eine bessere Bezahlung der planenden und projektsteuernden Mitarbeiter in den Behörden, um alle Bauten mit ausreichendem Personal begleiten zu können.



Foto: Oliver Igel

Neuwahlen 2025: Eine Richtungsentscheidung für Deutschland



Foto: SPD Treptow-Köpenick

Mit dem Koalitionsvertrags „Verantwortung für Deutschland“ haben CDU und SPD die Grundlage für ihre Zusammenarbeit in den kommenden Jahren gelegt. Nach intensiven Verhandlungen steht nun eine Einigung, die den Anspruch erhebt, Stabilität mit Zukunftsgeist zu verbinden. Das ist ein guter Weg.

Besonders erfreulich ist das geplante Investitionspaket von 500 Milliarden Euro über die nächsten zwölf Jahre. Es soll gezielt in Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft fließen – Bereiche, die auch bei uns in Treptow-Köpenick gestärkt werden müssen. Kleine und mittlere Einkommen sollen steuerlich entlastet werden, ebenso wird das Kindergeld angehoben – das sind wichtige Signale für Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen.

Besonders wichtig war uns als SPD, dass die Rente stabil bleibt. Das Rentenniveau soll bis 2031 bei 48 Prozent gesichert werden. Auch in der Migrationspolitik sind strengere Regeln geplant, die es gilt, mit großer Sorgfalt umzusetzen.

Aus den Worten müssen nun Taten folgen. Als Kreisverband der SPD werden wir die Umsetzung des Vertrages aufmerksam begleiten – mit dem Ziel, dass die Versprechen auch bei uns vor Ort ankommen.

Wie stehen Sie zu dem Koalitionsvertrag? Auf was gilt es, aus Ihrer Sicht besonders zu achten? Lassen Sie uns gerne ins Gespräch kommen.

Ihre SPD Treptow-Köpenick
Ellen Hausdörfer & Christopher Jäschke
Kreisvorsitzende



Im Netz:

www.spd-treptow-koepenick.de

Per E-Mail:

kreis.treptow-koepenick@spd.de

Vor Ort:

SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünauer Str. 14
12557 Berlin

Landespflegeplan für Berlin

Die Zahl pflegebedürftiger Berlinerinnen und Berliner ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen auf derzeit ca. 220.000 Menschen – dabei ist mehr als die Hälfte über 80 Jahre alt. Neben der Anzahl pflegebedürftiger Menschen hat sich auch die Anzahl derjenigen erhöht, die Pflegeangebote in Anspruch nehmen. Um einen guten Überblick über die gesamte pflegerische Versorgung in der Stadt zu bieten und damit pflegebedürftigen sowie ihren Zu- und Angehörigen Orientierung zu geben, veröffentlicht das Land Berlin einen umfassenden Landespflegeplan. Da seit der letzten Aufstellung 2016 grundlegende Reformen der Pflege auf Bundes- und Landesebene umgesetzt wurden, wird nun im Mai 2025 ein neuer Landespflegeplan veröffentlicht. Alles Wissenswerte zu ambulanten und stationären Pflegeangeboten, gesetzlichen Grundlagen und Ansprechpartnern zu speziellen Pflegesituationen werden hier aufgeführt. Pflege-Bezirksprofile geben Auskunft über Versorgungsstrukturen und welche Angebote und Maßnahmen vor Ort existieren. Dadurch lassen sich bei zukünftigen Entwicklungen und neuen Daten auch Vorhaben anpassen oder Maßnahmen neu entwickeln. Das betrifft beispielsweise die Weiterentwicklung der Berliner Hausbesuche oder das Altenhilfestrukturgebiet ebenso wie Maßnahmen zur Fachkräftesicherung oder die Überarbeitung gesetzlicher Richtwerte z.B. beim Wohn-Teilhabegesetz: für ein gutes Leben in jedem Alter.

EH

IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreissvorsitzende Ellen Haußdörfer
und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogt & Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.),
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Redaktion: Dr. Ursula Walker, Laura Lecher

Beiträge von: Paul Bahlmann (PB), Ana-Maria Trăsnea, Oliver Igel, Lars Düsterhöft, Ellen Haußdörfer (EH), Rainer Hölmer, Dunja Wolff, Manuel Tyx (MT), Alexander Freier-Winterwerb, Irina Vogt, Christopher Jäschke, Grit Rohde, Edwin Hoffmann, Steffen Sambill, Sara Rüdiger

Grafik: SPD Treptow-Köpenick / Laura Lecher
Druck: MegaDruck.de Produktions- und Vertriebs-GmbH

Für ein verlässliches Kita-System

Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung

Von Alexander Freier-Winterwerb
Sprecher der SPD-Fraktion Berlin für
Kinder, Jugend und Familie

Treptow-Köpenick wächst und wächst: Erstmals überstieg die Einwohnerzahl des flächengrößten Bezirks im Februar die Schwelle von 300.000 Einwohnern (2013-2024). Mit seiner Natur und vielfältigen Erholungsmöglichkeiten ist unser Bezirk für Familien und junge Eltern attraktiv. Für sie ist nicht zuletzt ein verlässliches Kita-System mit ausreichendem Platzangebot und ansprechenden Einrichtungen entscheidend.

Wie überall in Berlin, wurde der Ausbau von Kita-Plätzen in den vergangenen Jahren auch in Treptow-Köpenick massiv vorangetrieben. Allein hier sind zwischen 2019 und 2023 knapp 3.000 Kita-Plätze entstanden – verglichen mit anderen Bezirken ein Spitzenwert. Nach Jahren des Platzausbaus rückt nun zunehmend die Betreuungsqualität in den Fokus. Im Zuge der demographischen Entwicklung versetzen uns die rückläufigen Geburtenzahlen in eine gute Ausgangssituation. Und auch die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankerten Maßnahmen – die Ausweitung des Startchancen-Programms auf Kitas und die breit aufgelegten Investitionen in die Kita-Infrastruktur – eröffnen den Ländern neue Chancen, den Rahmen für Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung zu setzen.

Zweifelsfrei ist die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern in unseren Kitas ein Knochenjob.



Quelle: Adobe Stock

Großzügiger bemessene Personalschlüssel, die Förderung multiprofessioneller Teams und die Nutzung digitaler Tools können hier Belastungen von Fachkräften verringern und neue Räume für die unmittelbare pädagogische Arbeit am Kind schaffen. Insofern ist es auch eine gute Nachricht, dass der Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen ab dem kommenden Jahr um ein Kind gesenkt wird. Eine Fachkraft wird dann noch für vier Kinder zuständig sein. Im Sinne der bestmöglichen individuellen Förderung sollte die Schlüsselsen-

kung auch in anderen Altersgruppen zur Anwendung kommen.

Frühkindliche Bildung ist ein Schlüssel für Chancengleichheit und Teilhabe. Kitas müssen Orte für alle Kinder sein – unabhängig von sozialer Herkunft oder Migrationsgeschichte. In sozio-ökonomisch angespannten Lagen müssen Kitas gezielter mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Daher setzen wir uns angesichts der laufenden Verhandlungen zwischen Kita-Trägern und der CDU-geführten Senatsbildungsverwaltung dafür ein, dass besondere Bedarfe wie

Kita-Sozialarbeit oder Sprachförderung durch gesonderte Zuschläge besser abgedeckt werden können.

Unsere Kitas sollen einfacher zugänglich werden: Dafür soll Eltern automatisch nach der Geburt eines Kindes ein Kita-Willkommensgutschein zugeschickt werden, der für einen Kita-Platz in jeder Einrichtung eingelöst werden kann. Derzeit müssen Eltern den Kita-Gutschein aktiv beim Jugendamt beantragen – ein zusätzlicher bürokratischer Schritt, den wir vereinfachen möchten.

„Menschenrecht kennt kein Geschlecht“

Stellen wir uns einfach mal eine Welt ohne Frauen vor: Wer würde die Pflegearbeit übernehmen? Wer würde sich um Erziehung kümmern? Wer würde knapp ein Fünftel des Jahres ohne Bezahlung arbeiten? Wer müsste auf Karriere verzichten, wenn eine Familie gegründet würde?

Lauter Fragen, die mich im Frauenmonat März (Equal Pay Day am 7. März, Internationaler Frauentag am 8. März) erreicht haben. Fragen, die im Jahr 2025 leider noch aktuell sind und es leider wieder

werden. Ich will noch erleben, dass Frauen gleich bezahlt werden für gleiche Arbeit. Ich will endlich Parität in den Parlamenten. Im neuen Bundestag ist der Frauenanteil gesunken. Warum gibt es weniger Meisterinnen als Meister? Warum wählen Frauen signifikant häufiger „soziale“ Berufe? Spielen bei all diesen Fragen Männer eine Rolle?

Alles sehr berechtigte Fragen, die auf ganz grundlegende Missstände hinweisen. Ich will noch einmal betonen: Es geht um Menschenrechte, nicht bloß um Frau-

enrechte. Am Umgang mit der Frau muss sich eine Gesellschaft messen lassen. Frauen gehören nicht hinter den Herd, Frauen gibt man die Hand, Frauen sind 100 Prozent gleichwertig! Auch in Deutschland und in Berlin müssen wir daran arbeiten. Wir dürfen stolz auf unsere Geschichte und alle Vorkämpferinnen schauen. So wie auf die Berliner Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831-1919), von der das Zitat stammt. Selbstverständlich sind die Errungenschaften nicht! In der Politik streitet die SPD für Parität

und stellt ihre Kandidatenlisten immer im Wechsel auf. Gerade im Bereich der Wirtschaft versuchen wir politisch Unternehmerinnen und Gründerinnen zu unterstützen (etwa GründerinnenBONUS, Gründerinnenzentrale etc.). Aber die Sache ist größer. Politik allein kann Gleichstellung nicht schaffen. Wir alle müssen dafür Sorge tragen, dass es keinen Rückschritt gibt. Wir sollten jeden Tag Frauentag feiern

Dunja Wolff

Mitglied im Abgeordnetenhaus

Der VBB-Begleitservice bleibt erhalten

EIN UNVERZICHTBARES ANGEBOT FÜR TEILHABE UND SELBSTBESTIMMTE MOBILITÄT IN BERLIN

Von Lars Düsterhöft

Sprecher für Pflege und Menschen mit Behinderung der SPD-Fraktion Berlin

Der Begleitservice des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) bleibt erhalten – eine gute Nachricht für viele Berlinerinnen und Berliner, die im Alltag auf Unterstützung bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind. Der Service richtet sich vor allem an Senior*innen, Menschen mit Behinderungen und alle, die durch gesundheitliche Einschränkungen nicht problemlos alleine Bus und Bahn nutzen können.

Für die SPD ist klar: Der VBB-Begleitservice ist mehr als ein praktisches Angebot – er steht für gelebte Solidarität, für gesellschaftlichen

Zusammenhalt und das Recht auf Mobilität und Teilhabe. Wer mit Bus und Bahn unterwegs sein kann, bleibt selbstständig, kann soziale Kontakte pflegen, Arzttermine wahrnehmen oder einfach am kulturellen Leben teilnehmen. Diese Form der Unterstützung macht unsere Stadt menschlicher – und sie ist unverzichtbar.

In den vergangenen Wochen gab es Unsicherheiten über die Zukunft des Angebots. Hintergrund war die Finanzierung: Die Beschäftigten des Begleitservice wurden bislang über das Berliner Modellprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“ (SGE) bezahlt. Dieses läuft in den kommenden Monaten aus. Doch die gute Nachricht: Die betroffenen Beschäftigten haben unbefristete



Quelle: Adobe Stock

Verträge mit dem Land Berlin – sie werden nicht arbeitslos. Die entscheidende Frage war daher: Wie kann ihre wichtige Arbeit weiterfinanziert werden?

Diese Frage ist nun geklärt: Der Begleitservice wird fortgeführt. Die SPD hat sich auf allen Ebenen dafür eingesetzt, dass dieses wichtige Angebot nicht still und leise verschwindet. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss soziale Infrastruktur verteidigt werden. Der Begleitservice zeigt, was Politik im Alltag konkret bedeutet: Unterstützung, wo sie gebraucht wird.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass dieses Angebot langfristig gesichert bleibt. Denn eine solidarische Stadt lässt niemanden zurück.

Orte, die unsere Stadt zusammenhalten

Warum die ISP-Projekte mehr sind als Sozialarbeit.

Von Lars Düsterhöft

Abgeordneter für Ober-, Nieder-
schöneide und Johannisthal
der SPD Treptow-Köpenick

Berlin ist eine Stadt der Unterschiede. Arm und reich, alteingesessen und neu angekommen, mit Chancen – oder ohne. In vielen Kiezen wird soziale Ungleichheit besonders deutlich. Genau dort, wo staatliche Strukturen oft zu langsam oder zu weit weg sind, setzen die Projekte des Integrierten Sozialprogramms (ISP) an. Hierbei handelt es sich um ein Förderprogramm des Landes Berlin. Es unterstützt soziale Projekte in Kiezen mit besonderen Herausforderungen – z. B. in den Bereichen Bildung, Integration, Obdachlosenhilfe, Familienarbeit oder Nachbarschaftsarbeit. Finanziert werden damit Einrichtungen und Träger, die direkt vor Ort helfen, passgenau für den jeweiligen Stadtteil.

Ich nehme mir derzeit bewusst Zeit, alle geförderten Projekte in Berlin persönlich zu besuchen. Ich möchte mit den Menschen ins Gespräch kommen: mit den Trägern, mit Sozialarbeiter*innen, mit Ehrenamtlichen – und mit denjenigen, für die diese Angebote gemacht sind. Denn nur wer zuhört, versteht, was diese Projekte leisten. Und warum sie so wichtig sind.

Was mir begegnet, sind Orte, die auffangen, die begleiten. Die sichtbar machen, was sonst im Verborgenen bleibt: Kinder, die einen sicheren Ort brauchen. Jugendliche, die Anschluss suchen. Eltern,



die Unterstützung brauchen. Alte Menschen, die nicht allein sein wollen. Nachbarschaften, die gemeinsam gegen Isolation, Gewalt oder Perspektivlosigkeit arbeiten.

Besonders eindrücklich war für mich die Mitfahrt beim Kältebus: Menschen, die auf der Straße leben, werden mit heißen Getränken versorgt, bekommen eine Decke, ein Gespräch, manchmal die rettende Fahrt zu einer Notunterkunft. Oder das Duschmobil – eine mobile Anlaufstelle, die Würde zurückgibt, weil sie das möglich macht, was für andere selbstverständlich ist. Auch medizinische Clearingstellen, in denen Menschen ohne Krankenversicherung anonym behandelt werden können, gehören dazu. Sie

alle leisten konkrete, lebensnahe Hilfe, die oft im Verborgenen stattfindet, aber unverzichtbar ist. Ein anderes Beispiel: In einem Jugendprojekt in Schöneide begegnen sich junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Gemeinsam wird gekocht, Hausaufgaben werden gemacht, manchmal einfach nur abgehängt – aber unter pädagogischer Begleitung. Es geht um Vertrauen, um Selbstwirksamkeit, um soziale Orientierung. Ein scheinbar kleines Angebot, aber mit großer Wirkung.

Die Projekte aus dem Integrierten Sozialprogramm fangen auf, bevor es schwierig wird, bevor es brennt. Sie vermitteln, stabilisieren, verbinden. Sie ersetzen keine

Politik – aber sie machen Politik konkret. Sie sind das, was wir oft fordern: nah dran, unbürokratisch, lebensnah. Und sie arbeiten an den Schnittstellen: Bildung, Integration, psychische Gesundheit, Nachbarschaft, Teilhabe – und eben auch Obdachlosigkeit.

Dabei sind sie strukturell oft selbst in unsicheren Verhältnissen. Denn finanziert werden sie aus dem Landeshaushalt. Ihre Zukunft hängt damit jedes Mal von politischen Entscheidungen ab – besonders jetzt, in den anstehenden Haushaltsverhandlungen mit den knapper werdenden Spielräumen. In vielen Gesprächen ist die Sorge spürbar: Wie geht es weiter? Können bewährte Angebote blei-

ben? Wird Personal gehalten? Oder droht die Kürzung trotz voller Auslastung und wachsender Bedarfe?

Ich bin überzeugt: Wer es mit sozialem Zusammenhalt in Berlin ernst meint, darf diese Projekte nicht kleinrechnen. Sie sind keine freiwillige Spielerei, sondern Teil der sozialen Infrastruktur. Genauso wie Schulen, Kitas oder Pflegeeinrichtungen. In den Haushaltsverhandlungen wird sich zeigen, welche Rolle sie tatsächlich spielen. Ob ihre Wirkung politisch anerkannt wird – oder im Schatten anderer Debatten verschwindet. Denn ja: Berlin hat viele Baustellen. Aber diese Projekte arbeiten längst daran. Tag für Tag, in den Kiezen, an der Basis.

EIN BUNTES FEST FÜR ALLE!

650 Jahre Altglienicke

Von Ellen Haußdörfer
Kreisvorsitzende
der SPD Treptow-Köpenick

Runde Geburtstage muss man feiern und feiern kann Altglienicke gut. Deshalb wird die erste Erwähnung von „Glinik“ im Jahr 1375 auch in 2025 gefeiert.

Ein großes Mitmachfest und Festumzug zum Jubiläum finden zentral rund um die Pfarrkirche im Dorf Altglienicke am ersten Juli-Wochenende (4. bis 6. Juli) statt und werden begleitet von Veranstaltungen das ganze Jahr. Mit Unterstützung des Landes Berlin kann nun das Jubiläum würdig gefeiert werden.

Das Festkomitee „650 Jahre Altglienicke“ ruft zur aktiven Beteiligung für den Festumzug auf. Dabei können Schulen, Sportvereine, Unternehmen, Kunst, Kultur und Sport zeigen, welche kreative Ideen sie für Altglienicke einbringen.

Natürlich gab es auch schon vor 1375 Siedlungen und archäologische Funde auf den gut acht Quadratkilometern, die das heutige Altglienicke umfasst. Zwischen der Eingemeindung des Ortsteiles 1893, über den Baubeginn für das Wahrzeichen des Altglienicker Wasserturms in 1905 bis zum Bau eines Spionagetunnels in den 1950er Jahren, gibt es bis heute Spuren der spannenden Geschichten Altglienickes.

So vielfältig, historisch und modern die Kieze von Altglienicke sind, so spannend und interessiert sind die gut 33.000 Menschen, die in Altglienicke leben. Für sie und uns alle gibt es dieses Jahr mächtig viel zu feiern!



Quelle: Ellen Haußdörfer



TOURISMUS-PERLE BERLIN:

Weltstar an Havel und Spree

Von Dunja Wolff
Abgeordnete für Köpenick Nord,
Friedrichshagen, Rahnsdorf,
und Hessenwinkel

Als Sprecherin für Tourismus habe ich bei unserer Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe Franziska Giffey nachgefragt: Wie ist Berlin nach den harten Jahren der COVID-19-Pandemie aus der Krise gekommen? Nicht nur die Internationale Tourismusbörse Berlin (ITB), sondern auch viele andere Parameter zeigen: Tourismus und Berlin wachsen beide und haben die Krise hinter sich gelassen. Die ITB ist die Leitmesse für Tourismus und konnte nun zum 59. Mal über 100.000 Fachgäste und 5.800 Ausstellende begrüßen – mit einer beeindruckenden Quote an internationalen Bezügen! Welttoffenheit ist ein Standortvorteil und wichtiger denn je!

Mit über 30 Millionen Übernachtungen und über 12 Millionen Gästen befindet sich unter den Top 10 weltweit. Das bedeutet nicht nur einen Jahresumsatz für die Branche von mehr als 17 Milliarden Euro, sondern auch 11 Prozent aller Berliner Arbeitsplätze. Zugleich – und diese Entwicklung ist mir besonders wichtig – zählt Berlin bereits heute zu den Top 5 der nachhaltigsten Metropolen.

Damit Berlin noch attraktiver wird arbeiten die SPD und ich

ganz besonders. So engagiere ich mich zum Beispiel für die Boombranche rund um E-Sport. Das ist weit mehr als Zocken und schafft Mehrwert durch Events, aber auch in allen Technikbereichen.

Wir sehen auch, dass es neue Herausforderungen gibt: Fachkräfte werden gesucht und das Preisniveau steigt. Programmen wie „Gönn dir Gastro“ oder mit Aktionstagen sollen die Ausbildungsberufe attraktiver gemacht werden. Demnächst steht auch die Senkung der Umsatzsteuer für die Gastronomie in Aussicht. Damit werden viele Betriebe entlastet. Gerade für kleines Gewerbe ist das Gold wert! Etwas Kritik habe ich da trotzdem: Entlastet werden zum Beispiel auch alle Fast-Food-Giganten. Weil mir Nachhaltigkeit aber ein ebenso wichtiges Anliegen ist, müssen wir den Tourismus auch verträglich mit Stadt und Umwelt gestalten. Für mich zählt dazu, dass wir Kurzstreckenflüge konsequent auf die Schiene verlagern und auch ein Nachtflugverbot einhalten. Auf dem Wasser kämpfe ich für mehr Attraktivität durch mehr Sicherheit: der Führerschein für Motorwassersport muss angepasst werden. Ebenfalls in der Umsetzung: das Wassertourismuskonzept des Senats.

Und als SPD Berlin diskutieren wir eine Verpackungssteuer und wollen die Gebühren für illegale

Müllentsorgung kräftig erhöhen. Denn: Es dient nicht nur dem Tourismus, sondern vor allem uns, wenn unsere Straßen, Alleen, Parks, Wälder und Gewässer sauber und gepflegt sind. Schließlich sind wir Berlinerinnen und Berliner hier jeden Tag zu Hause. Und da soll es ja bekanntlich am schönsten sein.

Noch gibt es einiges zu tun und auch das Vor-Corona-Niveau ist im Tourismus noch nicht erreicht (14 Millionen Übernachtungen 2019). Und auch wenn die Berlin-Reisebuchführer sich ebenfalls verhaltener verkaufen: Alles in allem sind wir auf einem guten Weg. Wir brauchen uns nicht verstecken und sollten uns nicht schlechter reden als wir sind: Berlin ist ein echtes Unikat!



Quelle: Dunja Wolff

Krieg und Frieden in Europa: Deutschlands Verantwortung in der Zeitenwende

Ein Beitrag für alle, die sich fragen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

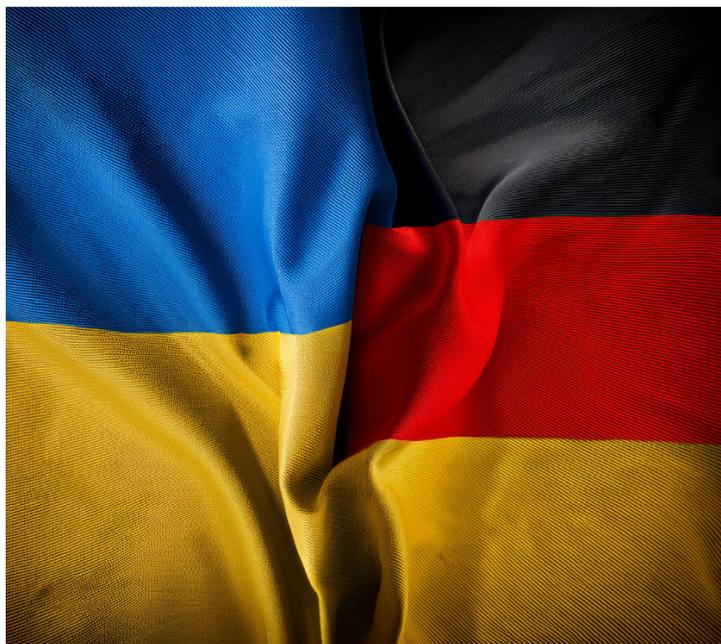
Von Ana-Maria Trăsnea
Staatssekretärin
für Internationales a.D.

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Europa erschüttert – und eine Zeitenwende eingeläutet. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach in einer historischen Rede von einer neuen Realität, auf die Deutschland antworten müsse: mit Klarheit, Entschlossenheit und Verantwortung.

Viele Menschen in unserem Land stellen sich seither berechtigte Fragen: Ist es richtig, Waffen zu liefern? Gefährden wir damit nicht unseren eigenen Frieden? Bringt Aufrüstung wirklich Sicherheit?

Diese Sorgen sind verständlich. Wir alle wollen Frieden. Viele von uns hatten das Glück, in einem Europa aufzuwachsen, in dem Krieg undenkbar schien. Ältere Generationen wissen jedoch aus eigener Erinnerung, welches Leid Krieg bedeutet. Doch der Krieg ist zurück – nicht, weil wir ihn wollten, sondern weil ein autoritärer Herrscher, Wladimir Putin, die Grenzen der Ukraine mit Gewalt überschritten hat.

Gleichzeitig verändert sich auch die internationale Ordnung. Mit der Rückkehr von Donald Trump in die politische Arena rückt ein Welt-



KI-generierter Inhalt

bild in den Vordergrund, das Macht über Regeln stellt. Wirtschaftliche Interessen sollen wieder über Bündnistreue und Völkerrecht dominieren. Doch ein erzwungener Diktatfrieden für die Ukraine hätte weitreichende Folgen – für ihre Demokratie, aber auch für die Stabilität der Europäischen Union insgesamt. Wer würde Putin dann noch stoppen?

Und: Würden wir nicht erneut die demokratische Entwicklung und den Widerstandswillen der Ukrainer:innen der letzten Jahrzehnte unterschätzen?

Lange Zeit hat Deutschland in

der Außen- und Sicherheitspolitik gezögert. Die Ostpolitik seit den 1970ern setzte auf Wandel durch Annäherung – lange erfolgreich, doch spätestens unter Putin wurde daraus ein Trugschluss. Während viele osteuropäische Staaten, etwa Polen und die baltischen Länder, früh vor dem russischen Kurs warnten, hielt Deutschland zu lange an wirtschaftlichen Interessen und einem zu großen Vertrauen fest.

Heute ist klar: Wir müssen unsere Fehler anerkennen – und korrigieren. Das bedeutet, die Ukraine nicht allein zu lassen. Sie kämpft

nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für unsere europäische Friedensordnung.

Viele fragen sich: Kann man Frieden schaffen, indem man Waffen liefert? Kanzler Scholz antwortet darauf mit Nachdruck: „Wir handeln besonnen – und mit Blick auf das große Ganze.“ Es geht nicht darum, den Krieg zu verlängern, sondern darum, der Ukraine zu ermöglichen, sich zu verteidigen. Ein Land, das sich nicht verteidigen darf, wird unterdrückt. Wer Putin gewähren lässt, ermutigt andere autoritäre Regime weltweit, Grenzen wieder mit Gewalt zu verschieben.

Frieden braucht Stärke. Und Frieden braucht Abschreckung. Wer sich dem Aggressor nicht entgegenstellt, riskiert mehr Leid, mehr Instabilität, mehr Krieg.

Deutschland zieht aus der Zeitenwende eine zentrale Lehre: Sicherheit gibt es nur in einem starken, geeinten Europa. Deshalb stimmen wir uns eng mit unseren Partner:innen in der EU und der NATO ab. Keine Alleingänge – stattdessen enge Zusammenarbeit mit Frankreich, Polen, den baltischen Staaten, Rumänien, der Republik Moldau und weiteren osteuropäischen Partnern.

Ein souveränes Europa muss fähig sein, seine Interessen zu vertreten – gerade in einer Welt, in der China, Russland und teils auch die USA eigennützig agieren. Deshalb investieren wir in gemeinsame eu-

ropäische Verteidigung und stärken gleichzeitig die Diplomatie.

Denn: Abschreckung und Diplomatie schließen sich nicht aus – sie gehören zusammen. Nur wer in der Lage ist, sich zu verteidigen, kann auf Augenhöhe verhandeln.

Der Krieg in der Ukraine ist eine Bewährungsprobe. Wir stehen an einem Wendepunkt. Jetzt entscheidet sich, ob Europa bereit ist, Verantwortung zu übernehmen – oder ob es sich von autoritären Kräften an den Rand drängen lässt.

Die zukünftige Bundesregierung muss vor allem eins beherzigen: Ein starkes, handlungsfähiges Europa entsteht nicht durch Rückzug, sondern durch Zusammenhalt. Durch Entscheidungen, die unsere Freiheit sichern – und die unserer Nachbarn.

Dieses und weitere kontroverse Themen diskutieren wir jeden ersten Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr in der Kirche zum Vaterhaus (Baumschulenstraße 82-83, 12437 Berlin). Kommen Sie gern vorbei!



Demokratie ist kein Wunschkonzert

ÜBER KOMPROMISSE, VERANTWORTUNG UND DAS VERTRAUEN IN DEMOKRATISCHE PROZESSE

Von Julia Dittmar
stv. Kreisvorsitzende
der SPD Treptow-Köpenick

Nicht alles, was am Ende in einem Koalitionsvertrag steht, spiegelt die eigenen Ziele wider. Aber wer Verantwortung übernimmt, muss bereit sein, für das Wichtige zu kämpfen – und Kompromisse einzugehen, ohne sich selbst aufzugeben.

Demokratie ist kein einfaches System. Entscheidungen dauern, Interessen müssen ausgeglichen werden, niemand kann sich vollständig durchsetzen. Das ist manchmal frustrierend. Und trotzdem ist es richtig so: Demokratie schützt davor, dass Macht einseitig ausgeübt wird. Gerade in politischen Situationen, in denen klare Mehrheiten fehlen, wird das besonders deutlich.

Nach der Bundestagswahl 2025 war schnell klar: Eine progressive Mehrheit gibt es nicht. Die FDP ist aus dem Bundestag ausgeschieden. Die SPD hat viele Stimmen verloren. Die rechnerisch mögliche Koalition mit der CDU/CSU wurde in langen Verhandlungen ausgelotet, ein gemeinsamer Vertrag liegt vor. Über ihn haben die Mitglieder der SPD abgestimmt. Das Ergebnis steht fest, doch ganz unabhängig vom Ergebnis gilt: Das Mitglieder-votum ist Ausdruck demokratischer Kultur. Die SPD überlässt

diese Entscheidung nicht wenigen, sondern bindet ihre Mitglieder ein. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von Ernsthaftigkeit. Und es bedeutet auch: Wer zustimmt, stimmt nicht zu allem. Sondern dazu, Verantwortung unter schwierigen Bedingungen zu übernehmen – mit allen Konsequenzen.

Der Koalitionsvertrag enthält viele Zugeständnisse an die CDU/CSU. Sozialdemokratische Schwerpunkte sind erkennbar, aber nicht dominant. Das sorgt für Enttäuschung – nachvollziehbar und begründet. Viele in der Partei erwarten zu Recht, dass zentrale Themen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch umgesetzt werden.

Falls es zur Regierungsbeteiligung kommt, wird genau hingeschaut werden: Wird das Vereinbarung eingehalten? Wird das Soziale sichtbar bleiben, auch wenn der politische Rahmen eng ist? Werden Menschen merken, dass die SPD nicht nur verwaltet, sondern Gestaltungsspielräume nutzt?

Diese Fragen werden die nächsten Monate prägen – innerhalb und außerhalb der Partei. Denn Demokratie lebt davon, dass politische Prozesse nachvollziehbar bleiben. Dass Entscheidungen überprüft werden. Und dass politisches Handeln eingeordnet werden kann.

Wenn es keine Regierungs-beteiligung geben sollte, bleibt die Aufgabe dieselbe: Die Interessen derer vertreten, die keine starke Lobby haben. Den Blick auf soziale Gerechtigkeit richten. Und demokratische Verfahren gegen Angriffe von außen wie von innen verteidigen.

Demokratie funktioniert nicht von selbst. Sie lebt davon, dass sich Menschen einbringen. In Parteien, in Initiativen, in Gewerkschaften, im Alltag. Sie lebt von Widerspruch, von Verantwortung – und davon, dass man sich nicht abwendet, nur weil es schwierig ist.

Viele Menschen haben das Vertrauen in politische Prozesse verloren. Sie erleben lange Wartezeiten, steigende Preise, mangelnde Verlässlichkeit im Alltag. Das führt zu Frust – und oft auch zu Gleichgültigkeit. Wer das ernst nimmt, muss politische Gestaltung wieder greifbar machen. Nicht mit Versprechen, sondern mit nachvollziehbarem Handeln.

Kompromisse gehören zur Demokratie. Die entscheidende Frage ist nicht, ob es sie gibt – sondern ob man dabei den eigenen Kompass behält. Ob man klar benennt, was geht und was nicht. Und ob man auch in Koalitionen, in denen man nicht den Ton angibt, erkennbar bleibt.

Die SPD steht vor einer schwierigen Phase. Aber sie ist nicht



Quelle: Adobe Stock

handlungsunfähig. Sie kann und muss zeigen, dass politische Verantwortung auch dann getragen werden kann, wenn die Bedingungen schwierig sind. Und dass Demokratie kein reines Verwaltungsmodell ist, sondern ein Ort für Auseinandersetzung, Entwicklung – und auch Korrektur.

Die kommenden Jahre werden anspruchsvoll. Was daraus wird, hängt auch davon ab, wie ernst wir es mit Demokratie meinen – und ob wir bereit sind, sie mit Leben zu füllen.

Jung, laut, SPD: Warum wir für unsere Zukunft kämpfen!

Warum machen wir das hier eigentlich alles?

Von Sara Rüdiger
Vorsitzende der Jusos
Treptow-Köpenick

Ernsthaft: Wir sind genervt. Wir sind wütend. Und wir sind nicht bereit, das einfach so hinzunehmen. Wer sich die aktuelle Politik anschaut, merkt schnell: Viele Entscheidungen sind nicht zukunftsgerichtet, viele Maßnahmen bringen unserer und den nachfolgenden Generationen wenig. Ganz im Gegenteil – es geht oft sogar in die falsche Richtung. Ich muss davon ausgehen, dass sich das auf Bundesebene nicht so schnell ändert. Wir Jungsozialisten in der SPD werden so schnell keine Freund*innen einer schwarz-roten Koalition.

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit, weil gespart werden muss? BVG-Streiks, weil die Löhne nicht ausreichen? Ekliges Schullos? Absurd hohe Mietpreise, steigende Lebensmittelkosten – und dann noch Diskussionen über eine Rückkehr der Wehrpflicht? Wirklich? Kein Wunder, dass sich viele junge Menschen nur noch halbherzig für Politik interessieren. Denn es fühlt sich an, als ob ihre Stimmen, ihre Anliegen, ihre Zukunft nicht zählen.

Aber einfach nur meckern? Nützt ja nüschts. Deshalb sind wir laut. Deshalb sind wir politisch aktiv. Und deshalb sagen wir es, wie es ist: Es muss sich was ändern!



Quelle: SPD Treptow-Köpenick

Als Kreisvorsitzende der Jusos Treptow-Köpenick sage ich klar: Wir brauchen mehr Menschen, die uns dabei unterstützen, die SPD aufzurütteln – damit wir als staatstragende Partei wieder stärker in die Zukunft denken. Damit wir die Perspektiven von jungen Menschen ernst nehmen und ihnen echte Chancen eröffnen. Vor allem auch junge Menschen aus Ostdeutschland, die wissen wollen, wie es für sie weitergeht.

Unsere Vision? Eine Zukunft, in der du mit 18 ausziehen kannst

– weil eine Ausbildung oder ein Studium nicht bedeutet, sich ins finanzielle Chaos zu stürzen. Eine Arbeitswelt, in der nicht die Kontakte deiner Eltern entscheiden, sondern deine Qualifikation. Eine Gesellschaft, in der die Politik mehr Menschen vertritt, die so sind wie wir – und die auch so reden wie wir. Ein Berlin, ein Treptow-Köpenick, in dem es egal ist, welche Hautfarbe du hast, welches Geschlecht du liebst, und in dem du mit deinen Freund*innen einfach existieren kannst, ohne Angst zu haben, weg-

gejagt zu werden.

Wir wollen in Frieden leben. In einer solidarischen Gesellschaft, in der nicht die Ärmern gegen die ganz Armen ausgespielt werden. In der Wohnraum bezahlbar ist, weil die Politik sich traut, endlich konsequent gegen Spekulation und Mietwahnsinn vorzugehen. In der Sozialpolitik sich nicht nur daran orientiert, wo man sparen kann, sondern daran, was die Menschen wirklich brauchen. Denn eins ist klar: Unsere Zukunft wird nicht besser, wenn Arbeitslose weniger

bekommen. Unsere Jugendzentren werden nicht erhalten, wenn Reiche nicht angemessen besteuert werden. Unsere Umwelt wird nicht geschützt, wenn Klimapolitik immer nur ein Randthema bleibt. Und wir alle – ob jung oder alt – brauchen Lebensmittelpreise, die bezahlbar sind, damit niemand sich Sorgen machen muss, ob er am Monatsende noch genug Geld für Essen hat.

Und ehrlich gesagt: Wir glauben, dass ältere Menschen das insgeheim auch so wollen. Wer möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der junge Menschen nicht um ihre Zukunft bangen müssen, sondern in der sie fair bezahlt werden, bezahlbare Wohnungen haben und nicht von steigenden Preisen erdrückt werden? Eine Gesellschaft, die zusammenhält und in der sich niemand gegen den anderen ausspielen lassen muss? Genau das ist Sozialdemokratie – für alle Generationen.

Deshalb sagen wir: Hört uns zu. Nehmt uns ernst. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir nicht nur eine Zukunft haben – sondern eine, die lebenswert ist. Und genau das sind sozialdemokratische Grundwerte!

Wenn du das genauso siehst, dann komm zu uns. Lass uns gemeinsam den Laden in Treptow-Köpenick aufmischen. Denn Veränderung kommt nicht von allein – wir müssen sie selbst in die Hand nehmen!

Parität in der Politik

EIN NOTWENDIGER SCHRITT ZUR GLEICHSTELLUNG



Sandra Böhme bei der Landesfrauenkonferenz der SPD Berlin

Quelle: Ellen Haußdörfer

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein verfassungsrechtliches Gebot. Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern aktiv zu fördern. Doch die politische Realität bleibt hinter diesem Anspruch zurück: Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt derzeit bei lediglich 32,4% – ein Rückgang gegenüber der vorherigen Legislaturperiode mit 34,8%.

Ein internationaler Vergleich verdeutlicht den Rückstand: In Schweden und Norwegen liegt der Frauenanteil im Parlament bei rund 46%, in Frankreich bei 40% und in Spanien bei 44%. Während andere Länder verbindliche gesetzliche Regelungen zur

Parität eingeführt haben, bleibt Deutschland auf föderaler Ebene zögerlich. Die von Prof. Dr. Silke Laskowski und dem Verein „Parité in den Parlamenten“ unterstützte Wahlprüfungsbeschwerde zielt auf eine verfassungsrechtliche Überprüfung der Bundestagswahl 2025 – mit dem Argument, dass die strukturelle Unterrepräsentation von Frauen gegen das Demokratieprinzip und das Gleichstellungsgebot verstößt.

Dabei ist es im direkten Wortsinn entscheidend, dass Frauen in den Parlamenten vertreten sind, die Debatten mitgestalten und Themen setzen, die vor allem für uns Frauen wichtig sind und die notwendige Lebensqualität schaffen können. Hier geht es beispielsweise um Investitionen in der Gesundheitsforschung für eine gendersensible Medizin. Nach wie vor ist die Forschung auf den männlichen Körper ausgerichtet und die Behandlung orientiert sich an vielen Stellen ausschließlich an diesem als Standard. Dabei können die Symptome bei gleicher Ursache bei Männern und Frauen sehr unterschiedlich sein, weswegen Frauen bis heute falsche Diagnosen und unpassende Medikationen erhalten. In der letzten Wahlperiode ist es durch den Nachdruck engagierter Frauen endlich gelungen. In die Forschung von Endometriose, einer lang unerforschten Krankheit von Frauen mit Millionen Betroffener

zu investieren. Care-Arbeit – die Zeit, die vor allem mit der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen und der damit verbundenen Organisation einhergeht – wird vor allem von Frauen geleistet. Auf der anderen Seite sind Frauen in den Führungsetagen nach wie vor unterrepräsentiert und der Gender-Pay-Gap fordert uns geradezu dazu auf, diese Ungerechtigkeit ENDLICH aufzulösen.

Es ist also nicht egal, wer uns in den Parlamenten vertritt. Trotz eines Grundgesetzes, das seit nunmehr 75 Jahren dafür sorgen soll, dass alle Menschen gleichbehandelt werden, bleibt es die Aufgabe Frauenrechte offensiv einzufordern und mit Leben zu füllen. Parität ist kein symbolisches Ziel, sondern eine Voraussetzung demokratischer Repräsentation. Internationale Übereinkommen wie die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) verpflichten Staaten zur Gleichstellung in politischen Gremien. Wie Ban Ki-moon betonte: „Gleichstellung der Geschlechter ist mehr als ein Ziel an sich. Sie ist eine Voraussetzung für eine nachhaltige, gerechte und friedliche Welt.“

Sandra Böhme
Vorsitzende der SPD FRAUEN
Treptow-Köpenick



Pass- und Personalausweistag im Bürgeramt

Schon seit mehreren Jahren gehört der Gang ins Bürgeramt für einen neuen Personalausweis, einen Reisepass oder eine Ummeldung zu den unangenehmen Dingen in Berlin – auf der Suche nach einem Termin verzweifeln viele Bürgerinnen und Bürger. Bevölkerungswachstum und weniger Personal verschärfen die Situation immer mehr.

Treptow-Köpenick war der letzte Berliner Bezirk, der vor einigen Jahren noch „Spontankunden“, also ohne Termin, bediente. Als die Schlangen zu lang wurden, weil zu viele aus anderen Bezirken nach Treptow-Köpenick strömten, musste dieser Service eingestellt werden. Die Einführung reiner Terminsprechstunden sollte den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Zeit bieten, um die Angelegenheiten zu erledigen – nur kam man kaum mehr an einen Termin. Jetzt haben sich die meisten Berliner Bezirke darauf verständigt, an einem Aktionstag dem „Pass- und Personalausweistag“ einen ganzen Tag lang wieder Kundinnen und Kunden ohne Termin zu bedienen. Am Mittwoch, dem 14. Mai, 7.30 Uhr bis 14 Uhr öffnen die Bürgerämter in der Rudower Chaussee 4 und im Michael-Brückner-Haus am S-Bahnhof Schöneweide für die Kundinnen und Kunden ohne Termin. „Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt: so sollen die Bürgerinnen und Bürger pünktlich zu den Sommerferien einige Wochen später

einen aktuellen Personalausweis oder Reisepass in den Händen halten können“, erläutert der Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Treptow-Köpenick gehörte zu den Vorreitern, die diesen terminfreien Tag gegen den Widerstand anderer Bezirke forderten. „Schauen Sie in Ihren Ausweis oder Reisepass, ob er noch gültig ist und nutzen Sie den terminfreien Tag“, bittet Bezirksbürgermeister Oliver Igel die Bürgerinnen und Bürger. „Leider machen nicht alle Bezirke mit. Drei Bezirke bedienen an diesem Tag nur mit Termin.“

Wird dieser Aktionstag ein Erfolg, sollte es regelmäßig terminfreie Tage in ganz Berlin geben“, sagte Oliver Igel. Voraussetzung dafür ist eine weitere Aufstockung des Bürgeramtspersonals in ganz Berlin. Treptow-Köpenick baut derzeit mehr Personal auf und wird noch in diesem Jahr einen dritten Bürgeramtsstandort erhalten. Zudem soll es mehr Möglichkeiten geben, online Bürgeramtsdienstleistungen zu erledigen. Eine Ummeldung der Wohnadresse ist auf diese Weise bereits möglich.

Ab sofort wird auch die Passfotoübertragung einfacher: bei Fotografen sowie an Automaten im Bürgeramt können Passfotos sofort elektronisch übermittelt und müssen nicht mehr auf Papier an die Bundesdruckerei verschickt werden.

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister

Bedeutender Meilenstein für Treptow-Köpenick

Von Grit Rohde

Sprecherin für Teilhabe, Inklusion und Soziales der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

Die Einwohnerzahl in unserem Bezirk überschreitet mit der Geburt des kleinen Nilo aus Altglienicke nun offiziell die Marke von 300.000. Das konnten Sie schon in dem Artikel unseres Bezirksbürgermeisters Oliver Igel (SPD) auf der Seite 1 unseres Spreekuriers lesen. Auch wir in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick freuen uns sehr darüber.

Damit nun der kleine Nilo wie auch alle weiteren neuen Erdenbürger*innen in unserem schönen Bezirk eine bestmögliche Entwicklung genießen können, braucht es unser aller Aufmerksamkeit. Es braucht gerade im ersten Lebensjahrzehnt unserer Kinder Orte für ungeteilte Zeit, Orte für Orientierung und Freude, Orte erfahrener Demokratie und Gewaltfreiheit. Zu solchen Orten gehören auch die Kitas. Was vor Jahren noch undenkbar erschien, ist heute real: Kindertagesstätten und Kinderläden in Berlin und Brandenburg verzeichnen Tausende freie Plätze. Eltern haben damit theoretisch deutlich mehr Wahlmöglichkeiten. Allerdings sagen die freien Plätze noch nichts darüber aus, in welchen Altersgruppen etwas frei ist. Fakt aber ist, die Wartelisten gehen zurück und das ist gut so.

Trotzdem sollte man schon rechtzeitig planen und sich infor-



Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

mierten. „Als ich bei einem Infotag mit meinem gerade krabbelnden Kind zwischen lauter Schwange-

ren stand, dachte ich mir: Mist, das hätte ich mal früher angehen sollen, dabei fand ich mich eigentlich

vorbildlich engagiert. Bis eben zu diesem Termin. Ich habe mir eine Excel-Liste angelegt und notiert, was bei welcher Einrichtung erforderlich ist und wann. Schließlich wollen die einen, dass man alle drei Monate mal anruft und sein Interesse bekundet, um dann immer wieder einen Stempel auf seinen Antrag zu kriegen (fühlt sich ein bisschen so an wie die Smileys in der Grundschule). Die anderen hätten gern, dass man sich nur meldet, wenn man nicht mehr möchte. Dann aber bitte persönlich. Von wieder anderen hört man einfach ein Jahr lang gar nichts und das Einzige, was man tun kann, ist zu Infotagen gehen. Selbst für diese Kitabesichtigungen musst du dich frühzeitig anmelden und die Termine oft telefonisch erfragen“, so die Erfahrungen einer suchenden Mama.

Liebe Familien, wenn Sie Ihr Kind in einer Berliner Kindertagesstätte anmelden möchten, dann bietet es sich an, den Kita-Navigator zu nutzen. Nun werden Sie sich vielleicht fragen, was das ist. Für diesen Fall möchte ich Sie gerne auf eine kurze Reise dorthin mitnehmen. Also: Was ist der Kita-Navigator und was kann man mit ihm machen?

Der Kita-Navigator ist ein Internet-Dienst, den das Land Berlin unter: <https://kita-navigator.berlin.de/> anbietet. Alle Eltern oder andere Betreuungspersonen von Kindern können den Kita-Navigator kostenlos benutzen. Mit diesem Navigator können Sie Kitas in Ber-

lin ganz einfach suchen und in Ihrem direkten Umfeld anzeigen lassen. Sie können darüber hinaus zu jeder Kita verschiedene Informationen einholen, so zum Beispiel, ob überhaupt noch Plätze frei sind, welche Schwerpunkte eine Kita anbietet oder welche Öffnungszeiten sie hat. Kitas, die in Ihre engere Wahl fallen, können Sie schon während der Recherche auf eine Merkliste setzen. Das erleichtert das Wiederfinden.

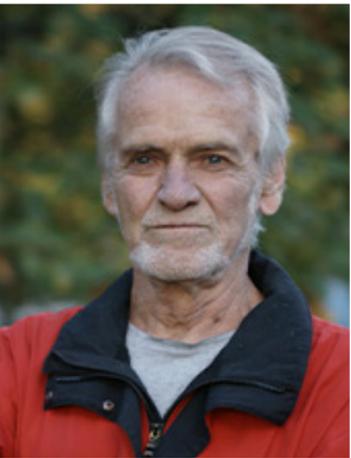
Auch den Antrag für einen Kita-Gutschein finden Sie auf dem Portal. Dazu werden Sie auf eine extra Internet-Seite der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie geleitet. Diesen Gutschein brauchen Sie, wenn Sie Ihr Kind in einer Kita anmelden wollen. <https://fms.verwalt-berlin.de/kita/frm/main?execution=e1s1>

Mit dem Kita-Navigator können Sie auch eine Betreuungsanfrage stellen und damit die Kita über Ihr Interesse an einem Kitaplatz in dieser Kita informieren. Auch das ist ein wichtiger Schritt, den die Kita unterhält über einen Internet-Dienst eine Liste mit Betreuungsanfragen. So kann die Kita sehen, wenn Eltern ihr Kind dort betreuen lassen möchten. Das ist für Sie wie auch für die Kita wichtig.

Wenn Sie weitere Fragen zu der Kita-Versorgung oder auch anderen Themen rund um die Themen Soziales und Inklusion haben, bin ich gern für Sie da.

Ehre, wem Ehre gebührt!

WALK OF SPORT FÜR TREPTOW-KÖPENICK



Bezirksverordneter Edwin Hoffmann
Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist ein sportbegeisterter Bezirk. Nicht nur tausende Aktive im Breitensport sondern auch Spitzensportler mit internationalen Erfolgen zeichnen unseren Bezirk aus. Dies soll angemessen gewürdigt werden.

Orientiert an einem Walk of Sport in Neubrandenburg und Magdeburg oder einem walk of fame am Potsdamer Platz hat die SPD Fraktion einen Antrag in die

Bezirksverordnetenversammlung eingebracht mit dem Ziel, mit einem Walk of Sport Sportlerinnen und Sportler unseres Bezirks zu ehren, die bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften erfolgreich waren und damit ihre Leistungen zu würdigen. Bei

der Auswahl der zu ehrenden der Sportlerinnen und Sportler soll die Öffentlichkeit beteiligt werden.

Die Ehrung sollte an einem gut frequentierten Platz, einer Straße oder einem Einkaufszentrum durch Plaketten oder Stehlen erfolgen. Wir denken, dass zur Finanzierung Sponsor*innen gefunden werden können. Der Sportausschuss der Bezirksverordnetenversammlung hat unseren Antrag am 10. April befürwortet. Er soll am 15. Mai in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen werden.

Edwin Hoffmann
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



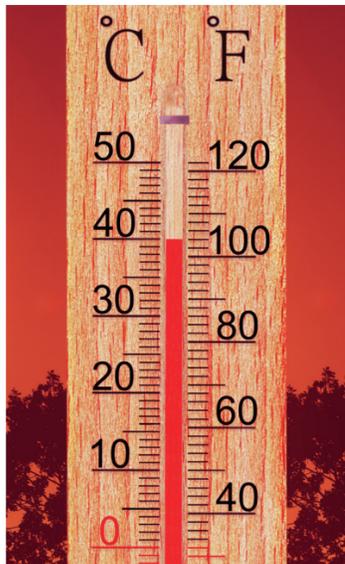
Der „Walk of Sport“ in Magdeburg
Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Fortschritte beim Hitzeschutz in Treptow-Köpenick!

Unsere Sommer werden immer heißer und intensive Hitzeperioden stellen in Großstädten eine Gefahr für Menschen dar. Deshalb wurde auf Initiative der SPD-Fraktion (gemeinsam mit den Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) im vergangenen Jahr ein Antrag zum Hitzeschutz in die BVV unseres Bezirks eingebracht. Und bereits in diesem Jahr haben wir erste positive Ergebnisse!

So ist im Rahmen der berlinweiten Kampagne „Bärenhitze“ ein Flyer entwickelt und in bezirklichen Einrichtungen verteilt worden, der Verhaltensmaßnahmen bei Hitze und bezirksspezifische Informationen wie die Standorte von Trinkwasserbrunnen enthält.

In Kooperation mit der Berlin School of Public Health hat eine



Quelle: Adobe Stock

Hochschulabsolventin eine Abschlussarbeit zu den Auswirkungen zukünftiger Hitzeperioden auf wohnungslose Menschen am Beispiel des Bezirks Treptow-Köpenick geschrieben. Diese hat die Bedarfe an Einrichtungen sichtbar gemacht, die obdachlose Menschen besser versorgen und schützen sollen. Die Vorstellung der Ergebnisse erfolgt im Mai 2025 im Arbeitskreis der Wohnungslosenhilfe.

Sensibilisierung von Multiplikatoren und Bereitstellung kühler Räume

Bereits im Juli 2024 wurden medizinische Schulungen mit 21 Personen aus Vereinen, freien Trägern und kommunalen Einrichtungen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen die direkten und indirekten

Folgen des Klimawandels sowie Auswirkungen von Sommerhitze auf die Gesundheit und Informationen zum Erkennen von hitzebedingten Symptomen bzw. Erkrankungen und zu Schutzmaßnahmen.

Zudem werden in diesem Jahr kühle öffentliche Räume in sieben Kiezclubs geöffnet, die mit Ventilatoren, Kühltüchern und hitzeabweisenden Rollos ausgestattet sind.

Kein Hitzeschutzaktionsplan ohne Bürgerbeteiligung

Um einen effektiven Hitzeschutzplan zu erstellen, bedarf es der Mitwirkung der Bevölkerung. So wurde das Schöneweider Brückenfest im Juli 2024 von Mitarbeitenden des Bezirksamts genutzt,

um mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Austausch zum Thema Sommerhitze zu kommen.

Darüber hinaus wurden die Kieze „Griechischer Park“ und „Alte I“ als Bereiche der höchsten Gefährdung durch Sommerhitze im Bezirk identifiziert. Im Herbst 2024 gab es eine Befragung, an der sich über 1800 Menschen beteiligten. Die Auswertung dieser Daten erfolgt noch dieses Jahr.

Im selben Zeitraum soll die Verschriftlichung des Hitzeschutzaktionsplans vorliegen. Unser Dank gilt den Mitarbeitenden des Bezirksamts für die vielfältigen und schnellen Anfangsmaßnahmen, die einen zukünftigen Weg aufzeigen!

Irina Vogt
Fraktionsvorsitzende

Neue Ampel in der Wendenschloßstraße

Antrag der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick endlich umgesetzt

Von Steffen Sambill
Bezirksverordneter
in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

In der südlichen Wendenschloßstraße Höhe Dregerhoffstraße gibt es endlich eine neue Ampel als sichere Querungshilfe, die auf Antrag der SPD-Fraktion umgesetzt wurde. An dieser Stelle queren tagtäglich viele hundert Menschen - von jung bis alt - die Wendenschloßstraße, um auf der einen Seite zum Ärzte- und Naherholungszentrum sowie zur Tramhaltestelle zu kommen und auf der anderen Seite zu den Kitas, Schulen und Wohnhäusern im Kietzer Feld (Köpenick Süd).

Im Netzwerk „(Schul-) Wegsicherheit Köpenick Süd“ und bei den Demonstrationen „Sicherer Schulweg“ mit den angrenzenden Schulen und Kitas sowie mit dem entscheidenden Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick habe ich mich als Bezirksverordneter und Vorsitzender des Schulausschusses aktiv dafür eingesetzt.



Steffen Sambill an der neuen Ampel
Quelle: SPD-Fraktion
in der BVV Treptow-Köpenick

SPD-Fraktion stärkt Ehrenamt: Runder Tisch "Blau-licht" soll Zusammenarbeit verbessern

Im Anschluss an eine Dialogveranstaltung der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick wurde deutlich: Die ehrenamtlichen Hilfsorganisationen im Bezirk wünschen sich eine stärkere Vernetzung. Daher haben wir am 03.04.2025 einen Antrag eingebracht, um einen Runden Tisch „Blau-licht“ ins Leben zu rufen.

Ziel ist es, Blau-licht-Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter, den ASB, die Malteser, die DLRG, das THW, die Freiwilligen Feuerwehren und weitere Multiplikatoren besser miteinander zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu stärken. Das gilt insbesondere für die dazugehörige Jugendarbeit.

Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Die ehrenamtlichen Hilfsorganisationen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft – im Katastrophenschutz, bei Rettungseinsätzen und in der Nachwuchsförderung. Der Runde Tisch soll Synergien schaffen, den Austausch fördern und gemeinsame Projekte ermöglichen.

Die Ehrenamtlichen in Treptow-Köpenick verdienen unsere volle Unterstützung. Der Antrag wurde in den zuständigen Ausschuss für Haushalt, Personal, Verwaltung, Immobilien und Gleichstellung überwiesen und wird dort am 06.05.2025 beraten.

Manuel Tyx
Bezirksverordneter

SPD-Fraktion unterstützt die Gründung des Kinder- und Jugendparlaments

Von Paul Bahlmann
Bezirksverordneter
in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick wächst und wächst! Im Jahr 2025 hat unser Bezirk die magische Grenze überschritten: 300.000 Menschen leben in unserem schönen Bezirk. Umso wichtiger ist es, dass alle in der Bezirkspolitik angemessen vorkommen. Gerade in diesen krisengebeutelten Zeiten.

Junge Menschen sind in den letzten Jahren ein ums andere Mal übergangen worden. Obwohl, die Entscheidungen, die heute getroffen werden, ihr Leben länger betreffen werden als von allen anderen Generationen. Aber gehört werden sie oft nicht. Das ist ein dauerhaftes Dilemma. Aber viel zu oft müssen Sie sich zunächst noch Aufmerksamkeit und Raum selbst verschaffen, in dem sie gehört werden. Diesen Raum wollen wir darum dauerhaft schaffen.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen darum die Initiative zur Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa). Für uns ist ein solches Gremium ein wichtiger Schritt, damit nicht nur über Kinder- und Jugendliche gesprochen wird. Jugendliche sollen nicht gönnerhaft „beteiligt werden“ – wie es oft heißt. Sondern sie sollen sich selbst beteiligen können. Dauerhaft.

Im Rahmen unseres Dialog-Cafés haben wir uns am 14. März 2025 mit Mitgliedern der Initiative zusammengesetzt.

Wir wollten hören, was ihre Vorstellungen für ein Kinder- und Jugendparlament sind. Was ihre Erwartungen sind und natürlich schauen, wie wir Brücken bauen und unterstützen können.

Die Initiative zeigt, dass die Abgesänge auf junge Meute (wieder einmal) Unsinn sind. Hier zeigt sich ein großes, demokratisches Engagement für unseren Bezirk. Sie arbeiten über die Bezirksgrenzen hinweg zusammen und sie stellen sich die Frage: Wie muss ein Kinder- und Jugendparlament aufgebaut sein, damit Grundschülerinnen, wie Abiturienten sich hier gerne engagieren? Keine einfache Sache.

Dieses Engagement kostet Zeit und Kraft. Das alles neben der Schule, dem Sportverein, Freundinnen und Freunden. Und machen wir uns nichts vor: Die

Gründung wird von Jugendlichen angestoßen, die wahrscheinlich von den Strukturen nicht profitieren werden. Sie strengen sich an, andere werden (hoffentlich) die Früchte ernten.

Wir sehen es als unsere Aufgabe als Fraktion – wo wir können und wo es gewünscht ist – zu unterstützen, mit Beratung, Vernetzung und Information. Wir wollen den Dialog zwischen der Bezirkspolitik, in den Gremien des Bezirks, dem Bezirksamt und den Bezirksverordneten fördern. Wir würden uns darüber freuen, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendparlaments sich künftig an Ausschuss-Sitzungen beteiligen und dort ihre Anliegen einbringen. Und darüber hinaus ein Anlaufpunkt für junge Menschen sind, sich im Bezirk für ihre Interessen einzusetzen.



Quelle: Ben Schneider

Die Berliner Schulbauoffensive in Treptow-Köpenick



Spatenstich der Schule an den Püttbergen
Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Auf Grund der beständig wachsenden Anzahl der Schülerinnen und Schüler beschloss der rot-rot-grüne Senat im Jahre 2017 die Berliner Schulbauoffensive (BSO).

Ihr wesentliches Ziel ist die Verbesserung und der Ausbau der Schulinfrastruktur in unserer Stadt. Unter Federführung der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung erfolgt die Durchführung gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bauen, der Senatskanzlei und den Bezirken sowie in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen.

Daneben ist die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE mit der Umsetzung von Schulbaumaßnahmen betraut. Die Baumaßnahmen wurden aus organisatorischen Gründen in Tranchen aufgeteilt, die sich nach Maßnahmenart, Zuständigkeit, Umfang und Zeitraum unterscheiden.

In Treptow-Köpenick werden 45 Schulstandorte im Rahmen der BSO wesentliche Aufwertungen erfahren; das beinhaltet den Bau von 4 komplett neuen Schulen, die Reaktivierung zweier Schulen, die Errichtung eines temporären Schulgebäudes sowie Erweiterungen und Sanierungen im Bestand.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Holz-Compartmentsschule in Altglienicke: In der Kalker Straße 7 wird eine integrierte Sekundarschule (ISS) mit Sporthalle in nachhaltiger Holzmodulbauweise gebaut, die Platz für 625 Schüler:innen bieten wird. Das Typenbauprogramm der Holz-Compartmentsschulen (HOCOMP) wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen umgesetzt.

Erwähnenswert ist auch die Gemeinschaftsschule Adlershof: Sie wird aktuell an der Hermann-Dorner-Allee Ecke Eisenhutweg errichtet und Platz für als 1.300 Schü-

ler:innen bieten. Vorgesehen sind eine dreizügige Primarstufe, eine sechszügige Sekundarstufe I sowie eine vierzügige Sekundarstufe II. Die Zuständigkeit für Planung und Realisierung liegt bei der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE.

Die Fertigstellung beider Schulen ist für das Schuljahr 2026/2027 vorgesehen. Zum 01.08.2025 soll am Standort der Müggelschlöfchen-Schule in der Alfred-Randt-Straße 56 die vorzeitig gegründete 10. Schule (Gemeinschaftsschule Adlershof) mit vier 7. Klassen starten. Nach der Fertigstellung des Schulstandortes Eisenhutweg 129 zum Schuljahr 2026/27 soll sie dann dorthin umziehen. Die Verantwortung für dieses Interimsvorhaben liegt bei der für Schule zuständigen Abteilung des Bezirksamts.

Da auch die Mittel der Berliner Schulbauoffensive begrenzt sind, bleiben zahlreiche notwendige Sanierungsmaßnahmen an Schulstandorten davon unberührt. Diese sind im Wesentlichen im Rahmen des bezirklichen Investitionsprogramms zu realisieren; dieses wurde aktuell für den Zeitraum 2025-2029 vom Bezirksamt beschlossen und an den Senat weitergeleitet. Nach derzeitigem Stand werden dabei durch die für Schule zuständige Abteilung für zahlreiche Baumaßnahmen die bisher geplanten jährlichen Finanzmittel in Folgejahre verschoben.

Rainer Hölmer
Bezirksverordneter

Altstadt Köpenick als lebendigen und attraktiven Ort erhalten!

Die Bauarbeiten in der Altstadt sind im vollen Gange und gehen sichtlich voran. Bauarbeiten solcher Größenordnungen bringen allerdings immer Nebenwirkungen mit sich. Umso mehr erfreut es uns, dass die Altstadt nach wie vor lebendig und erreichbar ist. Die Geschäfte haben geöffnet und freuen sich über Ihren Besuch!

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der SPD in der Duke Bar wurden uns als SPD-Fraktion allerdings auch einige Hausaufgaben mitgegeben. Insbesondere die Kommunikation der BVG und der Wasserbetriebe wurde kritisiert. Aus der Veranstaltung resultierten deshalb zwei Anträge für die Bezirksverordnetenversammlung. Ein Antrag richtete sich dabei direkt an das Bezirksamt und der andere an die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung, der BVG und den Berliner Wasserbetrieben.

In den Anträgen wurde unter anderem gefordert, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzt, dass wichtige Orte wie Arztpraxen weiterhin für mobilitätseingeschränkte Personen in der Altstadt erreichbar sind. Zudem soll das Bezirksamt eine aktive Rolle bei der Kommunikation sowie Vernetzung zwischen der BVG, den Berliner Wasserbetrieben sowie den betroffenen Anliegern übernehmen.

Darüber hinaus wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur besseren Erreichbarkeit der Altstadt Köpenick vorgeschlagen – darunter die temporäre Aufhebung von Einbahnstraßen, die Einführung temporärer Parkmöglichkeiten sowie die Entfristung von zeitlich begrenzten Parkzonen.

Ein weiteres Thema, welches an die BVG adressiert wurde, ist die Ausschilderung des Ersatzverkehrs, der am S-Bahnhof Köpenick beginnt. Die Ersatzhaltestelle in der Borgmannstraße ist so schlecht ausgeschildert, dass Besucher mit Ziel Altstadt diese nicht direkt erkennen können. Auch diesen Zustand wollen wir verbessern!

Nach der Einbringung im März wurden beide Anträge in die zuständigen Ausschüsse überwiesen, dort beraten und bereits in der darauffolgenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 03.04.2025 einstimmig über die Konsensliste beschlossen.

Manuel Tyx
Sprecher für Stadtentwicklung

BVV-FRAKTION

Politik heißt für uns vor allem zuhören! Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns wichtig, dass wir in einem ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk sind.

Daher sind nicht nur unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, sondern Sie erreichen unser Fraktionsbüro auch täglich per E-Mail oder über das Kontaktformular auf unserer Website.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr.
9-15 Uhr

Tel.: 030/902974446

E-Mail: buero@spd-fraktion-tk.de

<https://spd-fraktion-treptow-koepenick.de/kontakt>

UNION-FRAUEN SCHREIBEN GESCHICHTE

KÖPENICK FEIERT DEN AUFSTIEG INS OBERHAUS

Bundesliga – wir kommen! Die Union-Frauen stehen kurz vor dem Aufstieg – ein Meilenstein für Berlin Treprow-Köpenick und den Frauenfußball. Jetzt feiern, mitfiebert und Geschichte schreiben!

Von Sara Rüdiger
Vorsitzende der Jusos
Treprow-Köpenick

Wenn ihr diesen Text lest, haben die Frauen des 1. FC Union Berlin wahrscheinlich bereits den Aufstieg in die Bundesliga klargemacht. Gegen Borussia Mönchengladbach, nach dem Spiel beim SV Meppen. Und das ist kein Erfolg, den man kurz abhakt – es ist ein historischer Moment. Für die Mannschaft, den Verein, für Berlin Treprow-Köpenick. Ein Moment, wie es ihn 15 Jahre lang nicht gab.

Denn so lange ist es her, dass ein Frauen-Team aus Berlin in der Bundesliga spielte. 2010 war Schluss, als Tennis Borussia als Tabellenletzter abstieg. Seitdem: keine Bühne, keine Konstanz. Umso größer ist, was Union gerade leistet. Und das liegt nicht nur am Ehrgeiz auf dem Platz, sondern an mutigen Entscheidungen mit Weitblick.

2023 wurde die Frauenmannschaft professionalisiert. Seitdem ist viel passiert: beheizbare



Quelle: SPD Treprow-Köpenick

Rasenplätze, ein modernes Trainingszentrum, neue Bedingungen – und der Umzug von Adlershof in die Alte Försterei. Ein Schritt mit Symbolkraft. Denn er zeigt: Frauenfußball gehört ins Zentrum, nicht an den Rand.

Auch rund ums Spielfeld hat sich viel verändert. Ich erinnere mich noch an mein erstes Spiel der Saison – lange Schlangen, überforderte Eingänge. Niemand hatte mit so viel Publikum gerechnet. Und es war ein anderes Publikum: viele Frauen, Familien, Freundinnen-Gruppen. Jung, alt, mit Kindern. Das verändert das Stadion – nicht nur optisch, sondern auch in der Stimmung.

Die Gesänge klingen anders, die Tonhöhe ist höher. Anfangs gab's

keine Trommel, keine Waldseite-Vibes. Doch das ist vorbei. Eine Person sorgt inzwischen für den Takt, die Fangesänge sitzen: „Dem Morgengrauen entgegen“, „Unsere Mannschaft – Unser Stolz, unser Verein“, „Oh Köpenick, du bist wunderschön“. Da wächst etwas. Nicht verordnet, sondern von innen.

Die großen Ultragruppen der Männer sind bisher kaum sichtbar. Noch. Denn wenn Union ein Verein für alle sein will, braucht es auch hier Verbindung. Der Frauenfußball baut gerade seine eigene Kultur auf – offen, divers, leidenschaftlich. Und sie funktioniert.

Union hat mittlerweile einen Zuschauerschnitt von über 5.300

– bundesweit der zweithöchste im Frauenfußball. Spiele mit über 6.600 Menschen sind keine Ausnahme mehr. In Köpenick ist etwas ins Rollen gekommen. Doch mit dem Erfolg kommt auch die Frage: Wo spielen, wenn sich die Heimspiele mit denen der Männer überschneiden?

Die Alte Försterei ist dann keine Option. Zurück nach Adlershof? Das wäre das falsche Signal. Wer den Frauenfußball ernst nimmt, stellt ihn nicht wieder in die zweite Reihe.

Deshalb braucht es jetzt eine politische Antwort. Lieber Herr Brauchmann, CDU-Sportstadtrat in Berlin Treprow-Köpenick – wo bleibt das Stadion für mehr als 10.000 Zuschauer*innen? Schon

beim möglichen Aufstieg von VSG Altglienicke war das Thema aktuell. Jetzt ist es dringend. Wer Fußballgeschichte mitschreibt, braucht passende Infrastruktur.

Union zeigt, wie Frauenfußball geht – mit Ehrlichkeit, Beteiligung, Leidenschaft. Die Fans gehen mit, lernen neue Lieder, feiern neue Gesichter, akzeptieren neue Identitäten. Das ist Wandel. Und Wandel braucht Raum – Sichtbarkeit, Aufmerksamkeit und Rückhalt aus der Politik.

Natürlich: Die Frauenmannschaft muss sich erst in das Herz der gesamten Fanszene spielen. Das passiert nicht über Nacht. Aber wer in dieser Saison dabei war, weiß: Da entsteht etwas. Und wenn wir's richtig machen, bleibt es nicht beim sportlichen Aufstieg. Dann bleibt es auch im Herzen.

Ich – und wir als Jusos Treprow-Köpenick – wünschen uns, dass dieser Moment auch offiziell gewürdigt wird. Ein Empfang beim Bezirksbürgermeister wäre ein starkes Zeichen. Und ich persönlich würde Dina, Sara und Lisa gern mal fragen, wie es sich anfühlt, statt vor 100 Menschen in Adlershof plötzlich vor 6.600 in der Alten Försterei zu spielen. Menschen, die singen, klatschen, mitfiebert.

Das ist keine Randnotiz. Das ist Geschichte – geschrieben in Köpenick.

Also geht ins Stadion. Feiert diesen Aufstieg. Und sorgt dafür, dass es nicht der letzte bleibt. Union gehört in die Bundesliga – auch im Frauenfußball.

Den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine Option

WARUM WIR UNS ANGESICHTS DES KLIMAWANDELS RESIGNATION NICHT LEISTEN KÖNNEN

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) konstatierte kürzlich in seinem Jahresbericht, dass der Klimawandel noch schneller voranschreitet als bislang angenommen. Im Alltag bedeutet das: Mehr heiße Tage und tropische Nächte; häufiger Starkregen und Überflutungen. Trauriges Fazit: Was früher als extrem galt, ist heute normal. Berliner:innen werden, wie alle Menschen, die in Ballungsräumen leben, besonders stark unter der Überhitzung leiden.

Kaum ein Tag vergeht, an dem uns keine bedrückenden Nachrichten mit Bezug zum Klimawandel erreichen. Der Tenor ist dabei fast immer der gleiche: Die Menschheit ist hauptverantwortlich, dass das Klima aus dem Gleichgewicht gerät. Im Kampf gegen die Erderwärmung agiert die Weltgemeinschaft viel zu zögerlich.

Ansichts des eindeutigen Appells aus der Forschung, dass die Menschheit schnell handeln muss, ist es bemerkenswert, dass die Nachrichten bei vielen Menschen zu ganz anderen Reaktionen führen. Statt die Folgen des Klimawandels ernst zu nehmen, setzen Gewöhnungseffekte ein: Viele stumpfen ab und vermeiden die Auseinandersetzung mit der Bedrohung.

Kriege und wirtschaftliche Unsicherheiten drängen das Thema zuletzt in den Hintergrund. Selbst im Wahlkampf spielte Klimapolitik kaum eine Rolle. Dabei wäre es wichtig gewesen, zu erfahren, mit

welchen Vorschlägen die Parteien den Klimaschutz vorantreiben wollen. Schließlich erwarten Bürgerinnen und Bürger zu recht, dass die Politik gesellschaftliche Probleme erkennt und Lösungen findet.

Eines dieser ungelösten Probleme ist es, dass die Menschheit jedes Jahr mehr Rohstoffe verbraucht, als im gleichen Zeitraum nachwachsen können. Um die globale Nachfrage zu bedienen, bräuchten wir derzeit etwa 1,7 Erden. Wenn die ganze Welt so leben würde wie wir Deutschen, sogar fast drei Erden – dabei steht uns bekanntlich nur eine einzige zur Verfügung.

Mit dem Verweis, dass Deutschland den Klimawandel nicht allein abwenden kann, wird die Verantwortung gerne weit weg geschoben. Viele fragen sich mit Blick auf Diskussionen um Fleischverzicht und Flugscham: „Warum soll ich auf Lebensfreude verzichten, wenn ganze Gesellschaften am anderen Ende der Welt gerade erst so richtig mit dem CO₂-Ausstoß loslegen?“

Aber mit dem Finger auf andere zu zeigen, wird uns nicht weiterhelfen. So funktioniert keine Familie, kein Betrieb, kein Sportverein. Wieso meinen wir also, bei globalen Problemen damit durchzukommen?

Es ist unstrittig, dass die Klimakrise nur global in den Griff zu bekommen ist. Wenn wir jedoch Lösungen von der Staatengemeinschaft erwarten, wir gleichwohl alle gemeinsam den Staat bilden, ist es



Quelle: Adobe Stock

dann nicht nur konsequent, auch uns selbst in die Verantwortung zu nehmen? Unseren individuellen Beitrag also weder zu über-, aber eben auch nicht zu unterschätzen? Mit welchem Recht nehmen wir uns beispielsweise als Gesellschaft heraus, ein Vielfaches dessen zu verbrauchen, was uns die Natur durch nachwachsende Ressourcen pro Jahr zur Verfügung stellt? Mit welchem Recht können wir von anderen Ländern verlangen, auf einen Lebensstandard zu verzichten, den wir selbst nicht aufzugeben bereit sind?

Wenn wir nicht genügend gegen den Klimawandel unternehmen, betrifft uns das zwar alle, jedoch nicht alle in gleichem Maße: Während Superreiche leicht weiterziehen können, wenn es ihnen ir-

gendwo zu heiß oder zu nass wird, müssen sich insbesondere ältere und arme Menschen darauf einstellen, unter den Folgen zu leiden. Das wäre auch deswegen sozial völlig ungerecht, weil der CO₂-Ausstoß der Vermögenden statistisch gesehen um ein Vielfaches höher ist als jener, für den ärmere Menschen verantwortlich sind.

Insofern liegt im Klimaschutz auch eine große Chance für mehr Soziale Gerechtigkeit. Nämlich dann, wenn diejenigen, die mit ihrem aufwendigen Lebensstil Natur und Umwelt stark belasten, deutlich stärker zur Verantwortung gezogen werden als bislang.

So, wie wir alle mit den Folgen des Klimawandels zurecht kommen müssen, können wir gemeinsam dafür sorgen, die schlimmsten Sze-

narien abzuwenden. Dafür braucht es für den Anfang gar nicht viel: Menschen aus der Nachbarschaft von der Dringlichkeit des Themas zu überzeugen oder auf Handeln der Politik zu drängen, sind wertvolle Beiträge zum Gelingen.

Fakt ist: Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken – erst recht nicht, wenn der Sand aufgrund der Erderwärmung brennend heiß ist. Untätigkeit führt nur dazu, dass die äußeren Krisen weiter eskalieren und die erforderlichen Gegenmaßnahmen umso radikaler ausfallen werden.

Fragen zum Verzicht müssen darum ehrlicherweise umgedreht werden: Wie viel Lebensqualität verlieren wir, wenn wir uns nicht für den Klimaschutz stark machen? Wir könnten den Sommer hitzebedingt nicht mehr im Freien verbringen. Wir könnten kein Obst naschen, weil die Bäume im Garten aufgrund von Wassermangel vertrocknet sind. Und durch das Artensterben würden wir das Vogelgezwitscher im Frühjahr vermissen. Ist es das wert?

In der SPD Treprow-Köpenick hat sich zu diesem Thema ein Arbeitskreis gegründet.

Wir sind für Sie und Ihre Anregungen offen. Sprechen Sie mit uns. ak-klima@spd-tk.de

Alexander Mattern
Sprecher des Arbeitskreises
für Klimaschutz